



Suchergebnisse: Kontribution

14. Mai 1632 – Geldzahlungen statt Plünderung und Mord

München - Freising * Der kurfürstliche Kriegsrat Johann Küttner und die Münchner Bürgermeister Friedrich Ligsalz und Ferdinand Barth sowie der Stadtrat Paulus Parsdorfer reisen nach Freising. Dort treffen sie den Schwedenkönig Gustav Adolf und bitten ihn um Schonung der Stadt vor Brand und Plünderung, die Sicherung der Personen und Eigentum und die Bewahrung von Religion und politischer Verfassung. Sie bieten dafür die Bezahlung einer Kontribution [Geldzahlung] an.

7. September 1634 – Kurfürst Maximilian I. will sein Gelöbnis erfüllen

München * Nachdem München von der drohenden Besetzung und Plünderung durch Kontributionen freigekauft werden und das kaiserlich-ligistische und durch spanische Truppen verstärkte Heer in der Schlacht bei Nördlingen am 6. September 1634 einen entscheidenden Sieg über die Schweden erringen konnte, beauftragt Kurfürst Maximilian I. nach seiner Rückkehr eine Kommission zu überlegen, „was es für ein werkh sein [...] möchte“, mit dem er sein Gelöbnis erfüllen könne. Der hochrangige Beraterkreis schlägt die Stiftung eines jährlichen Lobamtes in der Frauenkirche und die Errichtung eines neuen Altars in der entsprechenden Kapelle vor. Sie bewegen sich damit im damals üblichen Rahmen für ein Exvoto.

15. Dezember 1704 – Gewaltige Kontributionszahlungen für baierische Rentämter

Straubing - Landshut - Burghausen * Den Rentämtern Straubing, Landshut und Burghausen wird die gewaltige Kontribution [= Zahlungen für den Unterhalt der Besatzungstruppen] von 3,15 Millionen Gulden auferlegt. Das ist mehr als das Doppelte des gewöhnlichen Steueraufkommens ganz Baierns. Zudem wird eine außerordentliche Landsteuer ausgeschrieben, um damit die Auflösung des baierischen Heeres zu finanzieren. Darüber hinaus erhalten die kaiserlichen Truppen ihr Winterquartier in den besetzten Rentämtern.

3. Dezember 1800 – Falsche Siegesmeldungen aus Hohenlinden

München * Da sich in München zunächst die Nachricht verbreitet, die Österreicher hätten in der



Schlacht in Hohenlinden gewonnen, macht sich die Angst breit, nun könnten die zurückgebliebenen französischen Truppenteile Verteidigungsmaßnahmen ergreifen, die sich für die Stadt als gefährlich erweisen würden. Um ihn davon abzubringen, bietet man dem Platzkommandanten Briant 100 Luisdors an. Briant lehnte das Ansinnen ab, weil diese Summe für einen Platzkommandanten zu „unwürdig“ sei, mit 200 Luisdors wäre er allerdings schon einverstanden gewesen. Der Magistrat lässt ihm daraufhin den Betrag überreichen. Erst später verbreitet sich die Siegesmeldung der Franzosen. Anschließend ziehen sich die Österreicher hinter ihre Grenze zurück. Die Baiern haben dagegen die Franzosen als Besatzungsmacht im Land und müssen sechs Millionen Gulden Kontribution, die Staatseinnahmen eines Jahres, zahlen. Die Landschaft verlangt daraufhin, dass das Kurfürstentum Baiern kein Bündnis gegen Frankreich mehr eingehen dürfe. Ein politisches Zusammengehen mit Österreich ist somit für die nächsten Jahre ausgeschlossen.

9. November 1917 – Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin

Petersburg * Die siegreichen Revolutionäre in Russland bilden eine Regierung der Volkskommissare unter dem Vorsitz von Wladimir I. Lenin. Sie erlassen ein Dekret über einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

28. Januar 1918 – Hunderttausend Arbeiter treten in Berlin in den Streik

Berlin * Am ersten Tag des Ausstands folgen rund 100.000 Berliner Arbeiterinnen und Arbeiter dem Aufruf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei - USPD zum Streik. Das Motto heißt: „Frieden und Brot!“. Ihre Hauptforderungen lauten: Den sofortigen allgemeinen Frieden ohne Annexion und Kontributionen, das vollständige Presse- und Koalitionsrecht, sowie Versammlungsfreiheit, die Aufhebung des Belagerungszustandes, die Entmilitarisierung der Betriebe und Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes, die Freilassung und Aufhebung des Zuchthausurteils gegen Karl Liebknecht, sowie die Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen und Verurteilten. Für Deutschland fordern die von den Streikenden gebildeten Berliner Arbeiterräte eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen“. Das Vorbild der österreichischen Kolleginnen und Kollegen hat auch die deutsche Arbeiterschaft ermutigt. Die Versammelten rufen die Arbeiterschaft der Kriegsgegner auf, es ihnen gleichzutun und ebenfalls in einen Massestreik einzutreten, „denn erst der gemeinsame, internationale Klassenkampf schafft Arbeit und Brot“. Zur Umsetzung dieser Forderung sollte es allerdings nicht kommen. Dafür gelingt es den revolutionären Obleuten - zwar widerstrebend, aber strategisch sehr geschickt, - auch die Mehrheits-SPD in den Kampf zu integrieren. Das ist



ein beachtenswerter Versuch der Wiederannäherung.
